

DIE LINKE-IMPULSE

Zeitung des Kreisverbandes Märkisch-Oderland

Gedanken zum Internationalen Frauentag im Jahr 2012 in der Bundesrepublik Deutschland

Anlässlich des 100. Jahrestages des Internationalen Frauentages im vergangenen Jahr stellte die Bundeskanzlerin Angela Merkel fest, dass auch in Deutschland die Gleichberechtigung der Frauen noch nicht vollständig erreicht ist. Das ist eine ziemlich „weichgespülte“ Tatsachenfeststellung. Unser Parteiprogramm spricht dazu eine deutlichere Sprache – in Deutschland verdienen Frauen immer noch weniger als Männer, tragen immer noch den Hauptteil der Doppelbelastung von Beruf und Familie, sind in Führungspositionen von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik unterrepräsentiert. Steuer- und Sozialrecht sind auf die traditionelle Alleinernterfamilie zugeschnitten, was nicht mehr den tatsächlichen Lebensverhältnissen in unserem Land entspricht.

Die Bundeskanzlerin nahm den oben erwähnten Internationalen Frauentag, wie sie selbst sagte, zum Ansporn, „mehr für die wirkliche Gleichberechtigung der Frauen im Leben“ zu tun. Das war eine gut klingende Absichtserklärung. Tatsächlich erleben wir jedoch seitdem das Gegenteil – Verschlechterung beim Elterngeld, die Ziele der Kinderbetreuung in den Kindertagesstätten werden bundesweit nicht erreicht, dafür wird es nun eine „Herdprämie“ geben. Unsere Familienministerin bittet die Konzerne, mehr Frauen in Führungspositionen zu nehmen, aber 20 Frauen mehr in den Konzernspitzen (mit genügend Geld für private Kinder- und Haushaltshilfen) lösen nicht das gesamtgesellschaftliche Problem der fehlenden

Chancengleichheit von Frauen in unserem Land.

Deshalb fordert DIE LINKE in ihrem Programm, **„die sozialen Sicherungssysteme, die Gestaltung der Arbeitswelt, das Angebot an öffentlichen Dienstleistungen und die Rahmenbedingungen für die politische Beteiligung in Wirtschaft und Politik so zu verändern, dass Benachteiligungen abgebaut werden. Alle politischen Entscheidungen und Vorschläge müssen systematisch danach beurteilt werden, welche Auswirkungen sie auf Frauen und Männer haben.“**

Meiner Meinung nach ist diese Aussage unseres Parteiprogramms ein guter Maßstab für die politische Arbeit in unseren Kommunen. Hier sind unsere Abgeordneten dabei, wenn über Kindertagesstätten und Schulen entschieden wird, hier gilt es, Einfluss zu nehmen auf eine Personalpolitik, die Chancengleichheit der Frauen garantiert. Hier können wir als Linke durch die Gestaltung des gesellschaftlichen Miteinander (öffentlichkeitswirksame und die Bürger beteiligende Kommunalpolitik) Frauen motivieren, sich aktiver für ihre Interessen einzusetzen.

Wenn am 8. März unsere Genossen im Ort symbolisch vielen Frauen in Schulen und Kitas rote Rosen überreichen werden, soll das nicht nur ein allgemein symbolischer Akt sein, sondern ein Zeichen der Linken dafür, dass wir stets als Ansprechpartner für die Durchsetzung der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen im Erwerbsleben und an den politischen Entscheidungsprozessen zur Verfügung stehen.

*Brigitte Grüner
Neuenhagen*

Spendenaufruf 2012

Der Kreisverband Märkisch-Oderland leistet seit Jahren eine anerkannt gute politische Arbeit. Nach außen dokumentiert sich das durch vielfältige politische Aktionen. Beispielhaft seien nur genannt der jährliche alternative Neujahrsempfang in Strausberg und Neuhardenberg, Aktionstage, Gratulationen zum Frauentag, Beteiligung an Anti-Nazi-Demonstrationen und die tägliche Kleinarbeit in Gruppen und Fraktionen. Ihre sichtbaren Höhepunkte sind die politisch-kulturellen Feste wie das Hoffest in Seelow, das Sommerfest in Neuenhagen und ganz besonders das Friedensfest in Strausberg.

All diese Höhepunkte werden mit viel ehrenamtlichem Engagement organisiert und vorbereitet, ganz nach dem Motto „Politik soll Spaß machen“. Doch all das ehrenamtliche Engagement nutzt nichts, wenn nicht eine gewisse materielle Basis vorhanden ist.

Aus diesem Grund ruft der Kreisvorstand auch in diesem Jahr alle Mitglieder unseres Kreisverbandes, unsere Sympathisantinnen und alle an linker Politik Interessierte auf, durch eine Spende mit dafür zu sorgen, dass weiter aktive politische Arbeit gestaltet werden kann.

Wir brauchen eure bewährte Unterstützung. Wir zählen auf euch!

Für euer Engagement schon jetzt ein herzliches Dankeschön.

Unsere Bankverbindung:

DIE LINKE Kreisverband Märkisch-Oderland

Kreissparkasse Märkisch-Oderland
Konto-Nr.: 3008027449
BLZ.: 170 540 40

Die nächste Ausgabe
unseres Informationsblattes
IMPULSE
erscheint am 04. 04. 2012

LESERBRIEF

Liebe Genossinnen und liebe Genossen,

als Delegierte des Parteitag möchte ich Euch besonders die uns vorliegende notwendige Diskussion zur dort beschlossenen Leitbilddebatte

„Wir verändern – gerecht, solidarisch, nachhaltig“

an das Herz legen. Warum?

Ihr könnt Euch sicherlich noch an die Strategiedebatte für das Land Brandenburg in unserer Partei 2006 erinnern. Wenn aus heutiger Sicht darauf zurückgeblickt werden kann, war es eine gute Idee. Es war und ist ein anerkanntes Leitbild für die politische Debatte für den Landesverband und Grundlage unseres Wahlprogramms 2009 „Brandenburg der Regionen“.

Nun sind wir in der Landesregierung und, wie Helmut Markov richtigerweise unterstrich, wir regieren nicht nur mit, sondern WIR REGIEREN! Es ist jetzt also an der Zeit, sich neuen Herausforderungen zu stellen.

Neue Schwerpunkte kristallisieren sich heraus.

Der demografische Wandel stellt uns vor neue Aufgaben. Die digitale Revolution hat unsere Umgangs- und Arbeitsweise vollständig verändert.

Die Globalisierung der Märkte und die Finanzkrise haben uns im Griff. Wir haben Veränderungen in der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen, aber auch zunehmend mit Niedriglöhnen und Altersarmut zu tun. Die gesundheitliche Vorsorge gewinnt zunehmend an Bedeutung. Konflikte in unserer Gesellschaft werden schärfer ausgetragen, der Dialog hat einen neuen Stellenwert.

Aufwachsen in Brandenburg und damit verbunden die Bildung und Kindergesundheit müssen weiter vorgebracht und auch weiterentwickelt werden.

Zunehmend wird und muss noch mehr der solidarische Gedanke verankert werden.



Die Delegierten des Kreisverbandes MOL (es fehlt auf dem Bild Bettina Fortunato)

Das setzt voraus, die Zivilgesellschaft gegen rechtsextreme Einstellungen und Gesinnungen stark zu machen.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

natürlich hat der zweitägige Landesparteitag noch viel mehr zum Inhalt gehabt. Wir haben diskutiert und gerungen um die richtige Entscheidung für die Weiterentwicklung der Energiepolitik. Wir haben unseren Landesvorsitzenden mit der dazugehörigen Mannschaft gewählt.

Mir lag aber am Herzen, Euch auf die notwendigen und wichtigen zukünftigen Themen und damit verbundenen Veränderungen aufmerksam zu machen.

Wir sind hier gefragt – Jung und Alt mit ihren Erfahrungen, Anregungen und Wünschen. Auch unsere SympathisantInnen, Bürgerinnen und Bürger müssen wir dafür interessieren.

Bringt Euch ein, es wird unser zukünftiges Leitbild für Brandenburg sein. Beteiligt Euch vor Ort an den angebotenen Diskussionen.

Mehr dazu unter www.dielinke-brandenburg.de oder www.brandenburg-2020.de.

*Herzlich Eure
Helga Burgahn,*

Delegierte zum Landesparteitag

Das Bewährte wahren, das Neue wagen

Die AG Analyse stellt sich vor

Das Durchschnittsalter der 771 Mitglieder der LINKEN in Märkisch-Oderland (MOL) beträgt nach der aktuellsten Auswertung der Statistik des Landes Brandenburg 70,14 Jahre. Dass hier ein dringender Handlungsbedarf besteht, ist klar zu erkennen. Deshalb hat der Kreisparteitag MOL Ende November 2011 den Beschluss zur Analyse der Organisationsentwicklung mit dem Ziel der Festlegung organisationspolitischer Maßnahmen beschlossen. Insbesondere mit dem Blick auf die kommenden Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen 2013/2014 möchte sich die AG mit den Stärken, Schwächen und den Potentialen der LINKEN in MOL befassen.

Die AG besteht derzeit aus sieben Mitgliedern: Brigitte Grüner, Sven Kindervater, Juliane Koskoscha, Marian Krüger, Ronny Kühn, Stephan Schoenemann und Christian Steinkopf. Sie trifft sich regelmäßig vor den Kreisvorstandssitzungen und berät ihre weiteren Schritte.

Bis Januar 2012 wurde ein Fragebogen entwickelt, der zur Zeit allein von den Basisorganisationen bearbeitet wird. Innerhalb der nächsten Wochen möchte ihn die AG mit den

einzelnen Vorständen der Ortsverbände/Stadtverbände beraten. Neben der Vielzahl von mehr statistischen Fragen geht es in den angedachten Gesprächen mit den Vorständen und Fraktionen vor allem um inhaltliche Fragen. In einem informellen Gespräch – persönlich vor Ort, per Telefon oder Videokonferenz – sollen einerseits Kenntnisse über die einzelnen Aktivitäten in den Ortsverbänden/Fraktionen und über die Arbeitsweise der Parteiorganisation/Fraktion in Erfahrung gebracht werden. Andererseits möchte die AG Vorschläge für/Anforderungen an die weitere Zusammenarbeit in der Kreisorganisation und die Unterstützung durch den Kreisvorstand ausfindig machen.

Nach Abschluss der Analyse, der für Sommer 2012 geplant ist, werden in enger Zusammenarbeit mit den Basisorganisationen Vorschläge für den Kreisvorstand erarbeitet, die diesem helfen sollen, praktische Projekte zur Organisations-, Mitglieder- und Finanzentwicklung auf den Weg zu bringen.

Die AG bittet angesichts der umfangreichen Aufgaben, die vor ihr liegen, um Unterstützung aus den Basisorganisationen. Auch weitere AG-Mitglieder sind gern gesehen.

*Juliane Koskoscha
Neuenhagen*

Eine andere Sicht auf die Krise in Griechenland

Die Zuspitzung der finanziellen Situation in Griechenland und die Art und Weise der Vormundschaft europäischer Staaten, besonders der Bundesrepublik, erfordern auch eine Betrachtung der bisherigen Entwicklung. Griechenland trat 1981 der damaligen EG bei. Es erhielt seitdem eine hohe Menge finanzieller Stützungen.

Einem Beitrag des EG-Magazins Nr.1/2 von 1992 zufolge erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 1981 bis 1990 zwar durchschnittlich jährlich um 1,5 %, die Investitionstätigkeit der verarbeitenden Industrie betrug 1989 jedoch nur 82 % im Vergleich zum Beitrittsjahr 1981; Griechenland hatte „sich zum Schlusslicht der Gemeinschaft entwickelt“. „Dafür exportierten die Griechen vermehrt ihr Geld ins Ausland.“ Weiter hieß es dort: „Ausländische Investitionen haben keinen Beitrag zur Belebung und Modernisierung der Wirtschaft geleistet.“ Warum wohl? Waren die Profiteure für die deutsche Wirtschaft nicht hoch genug, oder sprudelten die Fördergelder nicht im gewünschten Maße? Die wirtschaftlichen Probleme des Landes waren also bereits vor zwanzig Jahren bekannt, sie standen auch der Einführung des EURO nicht im Wege!

Fortsetzung v. Seite 2



Eine Antwort auf die Frage nach dem „Warum?“ könnte sich aus geostrategischen Betrachtungen und dem Vergleich mit den Verteidigungsausgaben ergeben. Die Verteidigungsausgaben betragen bis zum Jahre 1989 4,5 % des Bruttonationalproduktes (BNP). In dieser Zeit stellte Griechenland einerseits den südöstlichen Vorposten gegen die sozialistischen Staaten dar und war andererseits auch „Schaufenster“ des Kapitalismus. Das Land musste also eine starke Militärmacht

darstellen und zugleich einen hohen sozialen Stand der Gesellschaft zeigen. Das erfolgte u. a. durch steigende Beamtenzahlen, die eine hohe Beschäftigungsrate imitierten, durch ein frühes Renteneintrittsalter und durch weitere günstige Sozialbedingungen. Diese politische Funktion wurde von der EU finanziert! Für den deutschen Urlauber war es das Traumland für Urlaub und sorgloses Leben.

Nach 1990 erhielt das Land zwar kostenlose Militärhilfe in Form beträchtlicher Teile der NVA-Bewaffnung, besonders auf den Gebieten der Luftabwehr und Kampftechnik der Landstreitkräfte, darunter 500 Schützenpanzer BMP-2.

Trotzdem steigerte Griechenland – auch in Konkurrenz mit dem NATO-Partner Türkei angesichts politischer Differenzen – seine Rüstungsausgaben in den folgenden Jahrzehnten weiter und erzielte mit 4,5 % den höchsten Anteil aller NATO-Staaten (außer den USA) am Bruttoinlandsprodukt, lag damit auch doppelt so hoch wie Deutschland. Und 2010 waren es trotz der enormen Staatsverschuldung immer noch 4,3 % zum BIP.

Bisher wurden die Verteidigungslasten bei den EU-Kürzungsrunden kaum berührt. Auch

die Bundeskanzlerin war nicht bereit, Waffenlieferungen der bundesdeutschen Rüstungsindustrie zu reduzieren und forderte, „Verträge müssen eingehalten werden“. Das „Handelsblatt“ schrieb am 18. Februar 2012: „Griechenland ist traditionell der beste Kunde der deutschen Waffenschmieden. Die Bestellungen aus Athen machten in den Jahren 2005 bis 2010 immerhin 15 Prozent ihres Gesamtumsatzes aus. Nicht nur der Panzerfabrikant KMW machte in Griechenland gute Geschäfte. Auch die Kieler Howaldtswerke-Deutsche Werft konnte sich über griechische U-Boot-Aufträge im Wert von fast drei Milliarden Euro freuen.“

Ist es nicht an der Zeit, bei der Bewertung der Ursachen für die derzeitige Misere dieses Landes andere Maßstäbe zu setzen und auch die Bevormundung bei der Suche nach Lösungen der Finanzkrise zu beenden?

Das Land erfüllte seit seinem Beitritt zur EG/EU politische und militärische Vorgaben der EG/EU und der NATO. Tragen diese Organisationen keine Verantwortung, um diese Krise durch ihre eigenen Beiträge zu beheben?

*Wolfgang Neidhardt
Strausberg*

Gelebter Antifaschismus

Am 18.02.2012 trafen sich um 5.00 Uhr 35 AntifaschistInnen aus Strausberg, unter ihnen GenossInnen und SympathisantInnen der Linken, um zur Unterstützung des Aktionsbündnisses „Dresden nazifrei“ an die Elbe zu fahren

Wir waren als LINKE zwar durch den gleichzeitig stattfindenden Parteitag des Landesverbandes personell etwas geschwächt, aber nicht weniger entschlossen, an diesem Tag den Auftritt der Nazis in Dresden zu verhindern.

Am Ort der Auftaktkundgebung am Dresdner Hauptbahnhof trafen und sprachen wir Gesine Löttsch, Dagmar Enkelmann und Bodo Ramelow. Gesine Löttsch sprach später auf einer Zwischenkundgebung vor der wiedererrichteten Synagoge und Bodo Ramelow auf der Abschlusskundgebung. Gemeinsam mit 10 000 weiteren Teilnehmern sahen und hörten wir den von der sächsischen Justiz wegen seiner unterstellten Teilnahme an der Blockade von 2011 und der realen Teilnahme an der Blockade am 13.02.2012 verfolgten Bundesvorsitzenden der VVN-BdA Dr. Heiner Fink.

Mich begeisterte die Teilnahme einer großen Zahl junger Menschen an dieser Demonstration aus allen Teilen der Bundesrepublik und die erlebbare internationale Solidarität durch Delegationen aus Tschechien, Polen, Dänemark und Belgien. Das Aktionsbündnis vereint Menschen eines breiten antifaschistischen Bündnisses, und es sprachen auf den Kund-

gebungen Vertreter der Linken, der VVN-BdA, der evangelischen Kirche, der Grünen und des Bündnisses selbst.

Die faschistischen Organisationen hatten einen Trauermarsch angemeldet, zogen diese Anmeldung kurzfristig zurück und führten den Marsch mit stark verringerter Teilnehmerzahl in Gera durch.

In Dresden, dort, wo vor drei Jahren noch 7000 Nazis marschierten, zogen heute mehr als 10000 frohgelaunte Antifaschistinnen und Antifaschisten aller Spektren friedlich durch die Straßen. Mit ihrem Protestzug feierten sie nicht nur den Erfolg, der durch den antifaschistischen Konsens des Bündnisses möglich wurde, sondern kritisierten vor allem die „sächsischen Verhältnisse“.

Die Landesregierung Sachsens hatte in den letzten Jahren alles unternommen, um Teilnehmer an den Protestaktionen zu kriminalisieren.

Bodo Ramelow (DIE LINKE Thüringen), Abschlussredner der Demonstration, erklärte den heutigen Tag kurzerhand zum schönsten seines Lebens und ergänzte, dass es nur dem breiten Protest des Bündnisses zu verdanken sei, dass die Nazis im Februar 2012 keinen Stich sahen.

*Christian Steinkopf
Strausberg*

unter Bezug auf www.dresden-nazifrei.com, Bericht vom 18.02.2012, 18.30 Uhr und Sachsen-Nachrichten des MDR:DE „Protesttag in Dresden“



Bürgerbüros**Dagmar Enkelmann (MdB)**

15344 Strausberg, Wallstraße 8,
Telefon: (0 33 41) 30 39 84
Fax: (0 33 41) 30 39 85
Mo.–Do. 9 – 16 Uhr
Freitag nach Vereinbarung
dagmar.enkemann@wk.bundestag.de
www.dagmar-enkelmann.de

Kerstin Kaiser (MdB)

15344 Strausberg, Wallstraße 8,
Telefon: (0 33 41) 49 77 11
Fax: (0 33 41) 30 39 85
Mo.–Do. 9 – 16 Uhr
info@kerstin-kaiser.eu
www.kerstin-kaiser.eu

Bettina Fortunato (MdB)

15306 Seelow, Breite Str. 9
Telefon: (0 33 46) 85 21 45
Fax: (0 33 46) 85 21 47
Mo. 10 – 17 Uhr
Mi.+Do. 14 – 18 Uhr
buero-fortunato@t-online.de
www.bettina-fortunato.de

Marco Büchel (MdB)

16259 Bad Freienwalde, Grünstr. 8
Telefon: (0 33 44) 33 45 41
Fax: (0 33 44) 33 45 43
Mo. 10 – 16 Uhr
Do. 14 – 17 Uhr
15366 Neuenhagen,
Ernst-Thälmann-Str. 33
Mi. 13 – 18 Uhr
info@marco-buechel.de
www.marco-buechel.de

Geschäftsstellen**Bad Freienwalde**

Grünstraße 8, 16259 Bad Freienwalde
Telefon/Fax: (0 33 44) 34 66
www.dielinke-frw.de
Öffnungszeiten:
Di. 9 – 12 Uhr

Strausberg

Große Straße 76,
15344 Strausberg
Telefon: (0 33 41) 31 17 96
Telefax: (0 33 41) 31 47 75
Öffnungszeiten:
Mo. bis Do. 9 – 12 Uhr
e-mail: info@dielinke-mol.de

Linkstreffs**Linkstreff Seelow**

Breite Straße 9,
15306 Seelow
Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47
www.dielinke-seelow.de
Öffnungszeiten:
Mo. – Mi. 9 – 12 Uhr

Linkstreff Strausberg

15344 Strausberg, Wallstraße 8,
Telefon: (0 33 41) 30 39 84
Fax: (0 33 41) 30 39 85
Mo.–Do. 9 – 16 Uhr

„Man muss die Gesundheitspolitik des Bundes auf Null stellen und neu anfangen.“

Am 15.02.2012 war auf Einladung von Kerstin Kaiser und dem Kreisverband MOL Anita Tack, Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, zum Thema „Gesundheitsversorgung MOL“ Gast in der roten Ecke im Linkstreff. 40 Interessierte, darunter die Geschäftsführer der Krankenhäuser Strausberg und Rüdersdorf, Ärztinnen und Ärzte sowie Apotheker kamen an diesem Abend und nutzten die Gelegenheit, mit der Ministerin persönlich ins Gespräch zu kommen. Zentrale Fragen waren unter anderem: Ärztenachwuchs, Finanzierung der Ausbildung bestimmter medizinischer Berufe wie Physiotherapeuten, Fachärztemangel, Zulassung zum Medizinstudium, neue Formen der Notfallversorgung als auch Ausbau und Nutzung der Prävention in der Gesundheitsvorsorge. Anita Tack blieb keinem eine Antwort schuldig und benannte konkret Zusammenhänge und Schwächen im Gesundheitswesen. Kritisch wurden dabei Ursachen benannt, die nicht nur auf Landesebene, sondern insbesondere durch den Bund geprägt wurden. Zur Gesundheitspolitik des Bundes stellte Anita Tack fest, dass diese nicht mehr händelbar sei. „Man muss die Gesundheitspolitik des Bundes auf Null stellen und neu anfangen.“

Sie gab aber mit auf den Weg, dass es immer richtig ist, wenn man vor Ort mit allen Netzwerken sowie Krankenkassen bei anstehenden Problemen um gemeinsame Lösungen sucht.

Helga Burgahn
Strausberg

**Kein Ort für Nazis
in Frankfurt (Oder)**



**Nazi-Aufmarsch am
24. März blockieren!**

TERMINE im MÄRZ

- 15.03. 15. 00 Uhr Linkstreff Seelow, Breite Str.9
IM GESPRÄCH, Gast ist der Bürgermeister von Seelow, **Jörg Schröder**. Neben aktuellen Problemen bei der Entwicklung der Kreisstadt wird auch darum gehen, was aus den 100 Wünschen von Seelower Frauen geworden ist, die 2011 von der Linkspartei anlässlich des 100. Internationalen Frauentages an das Stadtoberhaupt übergeben wurden. Gesprächsführung hat MdB **Bettina Fortunato**
- 16.03. 18 .00 Uhr Linkstreff Strausberg
Kreisvorstandssitzung
- 29.03. 18.30 Uhr Frankfurt/Oder (Ort wird noch bekanntgegeben) **Regionalkonferenz**
- 31.03. 10. 00 Uhr Begegnungsstätte der Volkssolidarität Seelow, Puschkinplatz 18
KLUBGESPRÄCH mit dem Historiker **Prof. Dr. Klaus Vetter „Wie groß war Friedrich der Große wirklich?“**



**Friedrich der II. –
Größe und Grenzen
eines preußischen
Königs**

Donnerstag, 15. März 2012,
18:00 Uhr, Linkstreff,
15344 Strausberg,
Wallstraße 8

Diskussion / Vortrag

Prof. Dr. Klaus Vetter (Podelzig)

Moderation: Bernd Sachse,
Kreisvorsitzender Märkisch-Oderland DIE LINKE

*Verein für alternatives Denken bei der Lösung
gesellschaftlicher Probleme e.V*

Weibsbilder International



Anlässlich des Internationalen Frauentags lädt die Landtagsabgeordnete **Bettina Fortunato** zu einem Gedanken- und Meinungsaustausch über das Selbstverständnis von Frauen und ihre Stellung in der Gesellschaft ein.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL

Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung sinnwahrend redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

Der Druck der Zeitung »Impulse« wird durch Spenden finanziert.

V.i.S.d.P. : Bernd Sachse,
Tel. 0 33 41-30 39 84

Mail : info@dielinke-mol.de

Layout u. Satz : Fortunato Werbung,
www.fortunato-werbung.de

Fotos/Grafik : DIE LINKE.MOL, privat